

Nr. 10/09 vom 28.05.2009

Kernenergie – Voraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand?

Berlin. Den politischen Auseinandersetzungen um die Nutzung der Kernenergie bot das Forum für Zukunftsenergien eine neutrale Plattform. Befürworter und Gegner der Kernenergie diskutierten die Frage, ob die Kernenergie zur Sicherung des wirtschaftlichen Wohlstands notwendig sei.

Der Geschäftsführer der AREVA NP GmbH, Ulrich Gräber, unterstrich in seiner Rede, dass die Kernenergie einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen Wohlstand leiste. Stromerzeugung in Kernkraftwerken sei wirtschaftlich, denn trotz der hohen Investitionskosten beim Bau der Kraftwerke, seien die Brennstoffkosten inklusive der Entsorgungsrückstellungen gering und stabil. Da der Strompreis ein wichtiger Standortfaktor sei, könne die Kernenergie den Standort Deutschland stärken und somit zum wirtschaftlichen Wohlstand beitragen.

Darüber hinaus schaffe die Kernenergie Versorgungssicherheit, da sie unabhängiger von Rohstoffimporten mache. Zwar würde auch Kernbrennstoff nach Deutschland importiert, die Mengen seien aufgrund der hohen Energiedichte jedoch sehr gering und kämen aus politisch stabilen Ländern.

Auch das dritte Nachhaltigkeitskriterium - die Umweltverträglichkeit – erfülle sie, denn die Stromerzeugung in den Kraftwerken sei CO₂-frei. Kernenergie stelle damit im Streben nach der Reduzierung der Treibhausgasemissionen eine große Unterstützung dar.

Weiterhin betonte Gräber in diesem Zusammenhang, dass hohe Sicherheitsstandards Menschen, Tiere und Pflanzen vor radioaktiven Stoffen aus dem Kernbrennstoffkreislauf schützten. Die Frage der Endlagerung sei zwar technisch geklärt, doch der Bund drücke sich um die notwendige politische Entscheidung.

Gräber hob hervor, dass die Kernenergie Bestandteil eines Energiemixes sein müsse. Es gebe keine Konkurrenz zwischen Kernenergie und Erneuerbaren Energien, vielmehr ergänzten sie sich, da sie auf unterschiedliche Weise zur Spitzen-, Mittel- und Grundlast beitrügen.

Gehe man davon aus, dass der weltweite Energiebedarf weiter steigt, insbesondere nach der Wirtschaftskrise, sei die Kernenergie unverzichtbar. Der Nutzen der Kernenergie sei, außer in Deutschland, von vielen Ländern erkannt worden, wie

die aktuelle Entwicklung von AREVA zeige.

In der anschließenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Ernst Schwanhold (Vorstandsmitglied, Forum für Zukunftsenergien) diskutierten die Bundestagsabgeordnete Sylvia Kötting-Uhl (Umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen), Tobias Münchmeyer (stellvertretender Leiter der politischen Vertretung Berlin, Greenpeace e.V.), der niedersächsische Umweltminister Hans-Heinrich Sander sowie Dr. Rudolf Staudigl (Vorsitzender des Vorstands, Wacker Chemie).

Münchmeyer widersprach der Darstellung Gräbers, dass ein Energiemix notwendig sei und Kernenergie und Erneuerbare Energien sich ergänzten. Grundlastwerke auf der Basis von Uran und auch Kohle passten nicht mit der teilweise stark fluktuierenden Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen zusammen. Andere Kraftwerkstypen würden zur Regelung benötigt. Da ein großer Teil der vorhandenen Kraftwerkstypen in den kommenden Jahren ersetzt werden müsste, bestehe in Deutschland die Chance, eine Systementscheidung zu treffen.

Kötting-Uhl vertrat ebenfalls die Ansicht, dass weder Kernkraft- noch Kohlekraftwerke zur Regelung der vorangigen, aber schwankenden Einspeisung regenerativer Energien geeignet seien. Ein Herunterfahren der Kraftwerke sei unökonomisch. Ihrer Auffassung nach werde die Energieversorgung irgendwann zu 100 % aus Erneuerbaren Energien erfolgen. Die zum jetzigen Zeitpunkt zu entscheidende Frage sei die, wie schnell dieser Weg beschritten wird. Sie stellte die These auf, dass ein schneller Wechsel hin zu Erneuerbaren Energien dazu führen würde, dass Deutschland den Wettkampf als Wirtschaftsstandort gewinnen würde.

Nach Ansicht von Sander lieferten Kernkraftwerke, die eine verlässliche und nahezu CO₂-freie Technologie seien, preiswert Strom. Auf sie sollte aus ökologischen und ökonomischen Gründen nicht verzichtet werden. Niedersachsen sei zwar bereits heute das führende Bundesland bei der Nutzung und Produktion Erneuerbarer Energien, für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit seien jedoch auch weiterhin moderne Kohle- und Kernkraftwerke erforderlich. Die Schlüsselfrage liege seiner Meinung nach in der Lösung des Endlagerproblems.

Dr. Staudigl sprach sich gegen die von Kötting-Uhl geforderte schnelle Handlungsweise aus. Er prophezeite, dass ein zu schnelles Handeln der Wirtschaft die Kraft nehmen werde, Innovationen zu betreiben und weiterhin zu bestehen. Dr. Staudigl hielt es für unverantwortlich, dass die Kraftwerksbetreiber den Atomausstieg unterschrieben haben.

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion mit dem Auditorium wurde u.a. bemängelt, dass von Seiten der Kernenergiegegner die Fragen nach den Wohlstandsverlusten in der Bundesrepublik Deutschland durch den geforderten Ausstieg aus der Kernenergie nicht beantwortet würden.

Die Rede von Herrn Gräber steht auf der Homepage des Forum für Zukunftsenergien zum Download bereit.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien ist die einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationale und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Der Verband hat ca. 200 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

Kontakt:

Katja Freitag
Referentin
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Stralauer Platz 33-34
10243 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
freitag@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de